

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Mönchengladbach, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.

Beispiele aus einigen Aktionsbündnis-Städten

Mülheim an der Ruhr. Kommunale Selbstverwaltung findet in den meisten NRW-Kommunen so gut wie nicht mehr statt. Die Kassenkredite sind dramatisch angewachsen: In 2009 stiegen sie auf 17,2 Mrd. Euro. Pro Einwohner bedeutet dies eine Belastung von 962 Euro. NRW gehört damit neben dem Saarland (1.344 Euro pro EW) und Rheinland-Pfalz (1.131 Euro pro EW) zum negativen „Spitzentrio“. Zur Jahresmitte 2010 erreichten die Kassenkredite in NRW die Rekordmarke von rund 20 Mrd. Euro. Das sind mehr als 50 % der bundesweiten Kassenkredite und bedeutet zudem eine Verdopplung seit 2005. Pro Monat steigen die Kassenkredite im Moment um bis zu 500 Mio. Euro. Bei einer durchschnittlichen Steigerung wie in den Jahren 2004 bis 2008 wird in 2020 ein Stand von voraussichtlich 70 Mrd. Euro erreicht.

Das Beispiel der Stadt Mülheim an der Ruhr verdeutlicht die dramatische Situation: Die Kassenkredite betragen hier in 2005 235 Mio. Euro – dies sind 1.372 Euro pro Einwohner. In 2009 haben sie einen Stand von 415 Mio. Euro erreicht (2.457 Euro pro EW). In diesem Jahr werden die Kassenkredite laut Plan auf 515 Mio. Euro steigen (3.049 Euro pro EW). Pro Monat bedeutet dies in 2010 einen Anstieg von im Schnitt rund 8 Mio. Euro, was alleine eine Mehrbelastung an Zinsen von durchschnittlich monatlich 80.000 Euro ausmacht. Eine Endlosspirale mit erheblichem Sprengstoff bei Anstieg der Zinsen.

Bottrop. Bis zum Jahr 2008 war die Finanzsituation in Bottrop alles andere als rosig, aber beherrschbar. Ein Beleg dafür ist auch die damals relativ niedrige Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zu anderen Großstädten. Ab 2009 ist die Kommune jedoch innerhalb von zwei Jahren in die Überschuldung geraten. Dazu haben jährliche Einnahmeausfälle von 30 Mio. Euro geführt bei gleichzeitigen Mehrkosten vor allem im sozialen Bereich aufgrund von Bundesgesetzen. Derzeit muss die Bottroper Stadtverwaltung pro Monat zwei Millionen Euro an neuen Kassenkrediten aufnehmen, um die Erledigung der Aufgaben finanzieren zu können.

Für Bottrop wird die Lage auch deshalb immer dramatischer, weil aufgrund nicht genehmigter Eigenanteile nicht mehr in die Infrastruktur und die Stadterneuerung investiert werden kann und darf. Das jedoch ist absolut notwendig, da der vereinbarte Kohleausstieg im Jahr 2018 in Bottrop zu einem Verlust von mindestens 6.000 Arbeitsplätzen führen wird.

Solingen. Die Zusammenlegung der Systeme von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) im Jahr 2005 hat die Städte nicht entlastet. Die von der seinerzeitigen Bundesregierung versprochenen 2,5 Mrd. Euro Entlastung für die Kommunen sind sofort wieder aufgezehrt worden:

- von den Unterkunftskosten der Langzeitarbeitslosen, für die seither die Stadt aufkommen muss,
- durch die Ausweitung der Zahl der Anspruchsberechtigten
- und durch neue Sozialleistungen wie die Grundsicherung im Alter.

Am Beispiel Solingens: Vor Inkrafttreten der Reform 2004 wandte die Stadt rund 21 Mio. Euro für Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Hilfe zur Arbeit auf. Von den damals etwa 3.700 Sozialhilfefällen wurden 3.400 in das Arbeitslosengeld II überführt, 300 verblieben in der Sozialhilfe und damit bei der Stadt. Gespart wurde unter dem Strich trotzdem nichts; im Gegenteil: Nach Abzug der jeweiligen Bundesbeteiligung beträgt die heutige Belastung für die anteiligen Leistungen der Unterkunft und einmaligen Leistungen im Bereich SGB II 23,1 Mio. Euro (Stand 2009). Im Vergleich zu 2004 sind der Stadt also im Zeitraum von nur einem Jahr Mehrkosten in Höhe von 2,1 Mio. Euro entstanden.

Duisburg. Infolge der anhaltenden Haushaltsproblematik der Stadt Duisburg als „überschuldete Stadt“ mit Haushaltssicherungskonzept liegen die Duisburger Förderanträge zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ derzeit auf Eis: Eine Mitzeichnung durch die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf konnte bislang noch nicht erreicht werden.

Die Fördermittel sind zur Ausfinanzierung der Stadterneuerungsaktivitäten in Beeck, Marxloh und Hochfeld notwendig. Bei Nicht-Bewilligung droht den Stadtteilen ein vorzeitiges Ende der Maßnahmen, wodurch wesentliche Sanierungsziele der integrierten Handlungsprogramme gefährdet würden. Möglicherweise könnte dieser Schritt auch die Gesamtrückforderung bislang eingesetzter Fördermittel zur Folge haben.

Durch die fehlende Mitzeichnung des aktuell bei 20 % liegenden Eigenanteils kann Duisburg künftig nicht mehr an entsprechenden Förderprogrammen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtbau-West“ partizipieren. Dabei sind diese Programme gerade für strukturschwache Kommunen entwickelt worden, um die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern.

Leverkusen. Aus 99 Punkten besteht das im Rahmen der diesjährigen Haushaltskonsolidierung entstandene Sparpaket der Stadt Leverkusen, das der Rat der Stadt im Dezember diskutieren und umsetzen wird. Darüber hinaus hat der stetige Sparprozess schon in der Vergangenheit zu manch hartem Einschnitt geführt. So wird wohl nach diesem Jahr das Freibad Auermühle geschlossen, weil der Zuschussbedarf in Höhe von 400.000 Euro nicht mehr tragbar ist und das Geld für notwendige Sanierungen fehlt. Es gibt noch mehr Beispiele:

- Die Eislauhalle in Leverkusen ist bereits seit mehreren Jahren außer Betrieb, ein privater Investor verwandelte sie in eine Soccer-Halle.

- Die Stützwände auf dem Europaring müssen wegen Einsturzgefahr durch Betonpfeiler gesichert werden, da auf Jahre keine Mittel für eine Sanierung bereit stehen.
- Seit den 1990er Jahren betreibt die Stadt Leverkusen zudem „sozialverträglichen Personalabbau“: Mehr als 500 Stellen wurden bislang eingespart. Ein weiterer Personalabbau von jährlich 34 Stellen wird als einer der 99 Punkte im Haushaltssicherungskonzept aufgeführt. Ebenso übrigens wie die Schließung einer Bürgerbüro-Zweigstelle.

Gladbeck. In Gladbeck wird zurzeit engagiert diskutiert, wie viel investive Mittel für die Bereiche Schule und U3-Betreuung erforderlich sind und wie diese Mittel aufgebracht werden können. Gleichzeitig stehen Verwaltung und Politik nämlich vor dem Problem, für die dringende Erneuerung von Straßen, Geh- und Radwegen nicht genügend Geld zur Verfügung zu haben. Bezüglich des schlechten Zustands der Straßen scheint momentan aber nur eine Lösung in Sicht: Geschwindigkeitsbegrenzungen einrichten, um die Gefährdung der Verkehrsteilnehmer durch Unfälle so gering wie möglich zu halten.

Herne. Geringe Deckungsmittel, niedrige Kaufkraft, Bevölkerungsverluste, hohe SGB II- und Arbeitslosenquoten: Diese negativen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bescheinigte die Gemeindeprüfungsanstalt NRW der Stadt Herne bereits in den Jahren 2007 und 2008, zu einem Zeitpunkt, als die konjunkturelle Lage noch gut war. In einem Prüfbericht der GPA heißt es: „Die Stadt kann derzeit aus eigener Kraft keine regelmäßig auskömmliche Finanzierung ihrer Aufgabenstellung erreichen.“

Die Kommunalaufsicht stimmte dem Fazit der GPA zu. „Selbst bei weiteren vertretbaren Erhöhungen im Bereich der Steuern und Abgaben“, schreibt der damalige Regierungspräsident Helmut Diegel Ende Juni 2010, „wird es auch aus meiner Sicht trotz zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen nicht gelingen können, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.“

Das Haushaltssicherungskonzept 2010 – übrigens das 19. in Folge – wurde nicht genehmigt. Dabei enthielt es bereits 65 zusätzliche Sparpunkte, die von einer eigens dafür ins Leben gerufenen Haushaltskommission aus Verwaltung und Politik zusammengestellt worden waren. Im Sparpaket u. a. aufgeführt: Reduzierung von Fraktionszuwendungen, Betriebsferien der Verwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr, Schulschließungen, Konsolidierungsbeiträge der Beteiligungen, Erhöhung von Grund-, Gewerbe- und Hundesteuer, Reduzierung von Sportflächen, Anhebung von Entgelten der Herner Bildungs- und Kultureinrichtungen, Absenken von Pflegestandards, Schließung zweier Stadtteilbibliotheken.

Trotz eisernen Sparwillens und kontinuierlicher Konsolidierungsbemühungen wird das städtische Eigenkapital mittelfristig vollständig aufgezehrt werden. Vor wenigen Monaten hat die Stadtverwaltung die Projektgruppe „Zukunftssicherung der Verwaltung“ gegründet. Das erneute Ziel lautet, ein noch zukunftsfähigeres Aufgabenportfolio zu entwickeln.

Witten. Die Stadt Witten plagen ebenfalls Sorgen um den Zustand ihres Verkehrsraums: Im gesamten Straßennetz herrscht erheblicher Sanierungsstau. Die Stadt ist für die Instandhaltung von insgesamt 338 Kilometern Asphalt zuständig. Bereits im Jahr 2008 summierten sich die nicht durchgeführten Reparaturen auf 36 Mio. Euro. In den letzten beiden Jahren ist dieser Betrag noch einmal um 7,2 auf 43,2 Mio. Euro angestiegen. Das Deprimierende: Ein Ende ist nicht in Sicht. Die kommunalen Verkehrsplaner haben ermittelt, dass pro Jahr 4 Mio. Euro in das marode Straßennetz fließen müssten. Tatsächlich stehen aber nur 600.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Die Not bei der Straßenunterhaltung ist nur eines von vielen Beispielen für die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt. Für die Bürger aber sind Schlaglöcher ein wichtiges Thema – und vor allem ein Ärgernis. Sie wünschen sich eine solide finanzielle Ausstattung ihrer Stadt, damit diese ihren Aufgaben vor Ort auch nachkommen kann.

Oberhausen. Die dramatische Finanzsituation der Kommunen lässt sich in Oberhausen an der Bäderlandschaft ablesen: Die Gasometer-Stadt hat von den einst sieben städtischen Bädern vier geschlossen. Es gibt kein klassisches Freibad mehr; die Wege zu den verbliebenen Hallenbädern sind für die Bürger länger geworden. Die Veränderung des Bäderkonzeptes verlief nicht unproblematisch: Schließlich musste das Schulschwimmen, Pflichtaufgabe der Kommune, stets berücksichtigt werden.

Ein Musiktheater gibt es in Oberhausen bereits seit 1992 nicht mehr. Dem Sprechtheater geht es in den letzten Jahren allerdings auch „an den Kragen“. Seit 2008 muss das Theater Oberhausen jährlich 750.000 Euro einsparen, ab 2012 wird es 1 Mio. Euro weniger an städtischen Zuschüssen erhalten. Oberhausen hat übrigens auf Druck der Bezirksregierung bereits alle Steuern erhöht und auch eine „Sexsteuer“ eingeführt. Durch letztere nimmt der Kämmerer 200.000 Euro pro Jahr ein.

Remscheid. Die leeren städtischen Kassen führen auch in Remscheid zu Maßnahmen, die Verwaltung, Politik und Bürgern weh tun. Im ersten Quartal 2011 muss etwa ein Jugendcafé in der Remscheider Innenstadt schließen, dessen Fokus stets auf der präventiven Arbeit gelegen hat. Der Stadt droht eine weitere einschneidende Schließung: Falls kein privater Betreiber gefunden wird, muss die städtische Musik- und Kunstschule ihren Betrieb einstellen.

Bochum. Bei einer Bauwerksprüfung der Brücke Buselohstraße in Bochum wurde 2008 eine erhebliche Schädigung der Stahlkonstruktion festgestellt. Der Stahl der fast 70 Jahre alten Hauptträger ist versprödet; durch die mangelnde Elastizität kann es zu einem Spontanbruch der Träger kommen.

Aufgrund dieser Schäden ordnete die Stadt Bochum, die die Brücke 1994 von der DB AG übernommen hatte, die Sperrung des Bauwerks für Fahrzeuge über 2,8 Tonnen an. Mit der Konsequenz, dass nun seit Anfang Februar 2008 der gesamte

Lastkraftverkehr über die Wittener Straße und den Sheffieldring großräumig umgeleitet wird – einschließlich der Buslinien 360 und 368 sowie der Feuerwehr.

Da eine Instandsetzung der Brücke nicht möglich ist (die Elastizität des Stahls kann nicht wieder hergestellt werden), wäre ein Neubau direkt neben der alten Brücke die einzige Lösung. Allein die Planung einer neuen Brücke schlägt allerdings mit 350.000 Euro zu Buche, die Schätzkosten für den tatsächlichen Neubau liegen bei 9 Mio. Euro. Da Bochum verpflichtet ist, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, liegt die EU-weite Ausschreibung der Tragwerksplanung seit 2009 auf Eis.

Die Stadt steckt in einem Dilemma. Zum einen ist eine weitere Schädigung der Brücke Buselohstraße bis hin zu Rissen möglich. Dann müsste das Bauwerk umgehend komplett gesperrt und zurückgebaut werden, denn unter der Brücke verlaufen ICE- und S-Bahn-Gleise der DB. Zum anderen befindet sich die westlicher gelegene Brücke Lohring ebenfalls in einem schlechten Zustand. Sie ist bisher noch mit Fahrzeugen bis 40 Tonnen befahrbar, muss aber dringend instand gesetzt werden. Zurzeit wird untersucht, welche Maßnahmen erforderlich und wie hoch die Instandsetzungskosten sind.

Wenn aufgrund der angespannten kommunalen Finanzlage weder die Brücke Buselohstraße neu gebaut, noch die Brücke Lohring saniert werden kann, tritt für den Verkehr der „worst case“ ein: Die Vollsperrung beider Brücken würde Individualverkehr, ÖPNV und Rettungsverkehr zu weiträumigen Umwegen zwingen.

Wuppertal. Im Jahr 2004 gab die Stadt Wuppertal rund 8,6 Mio. Euro für die Grundsicherung aus. Fünf Jahre später reichte dieser Betrag längst nicht mehr aus: Auf über 22 Mio. Euro sind die Kosten für die Grundsicherung in 2009 gestiegen. Die Bundesbeteiligung lag übrigens 2004 bei 3,18 Mio. Euro und 2009 bei 2,59 Mio. Euro. Die Mehrausgaben in Höhe von 13,4 Mio. Euro in diesem Bereich belasten massiv den städtischen Haushalt. Zur Verdeutlichung: Der städtische Zuschussbedarf für den Zoologischen Garten, das Von der Heydt-Museum und die VHS liegen unter der genannten Summe.

Die Stadt Wuppertal verzeichnet zudem eine erschreckende Defizit-Entwicklung im Bereich der Kosten nach SGB II seit 2005. Die Kosten der Unterkunft sind von 88,8 Mio. Euro in 2005 auf 106,3 Mio. Euro in 2009 gestiegen. Andere Leistungen nach dem SGB II sind von 3,2 auf 5,5 Mio. Euro gestiegen. Dem gegenüber steht ein gesunkener Anteil der Erstattungen durch den Bund: Bei den Kosten der Unterkunft reduzierte sich der prozentuale Anteil von 29,1 % (2005) auf 25,43 % (2009) oder, in absoluten Zahlen, von 25,8 auf 27,7 Mio. Euro. Die Wohngeldentlastung durch das Land sank von 8 auf 6 Mio. Euro.

Die verbleibende Netto-Belastung der Stadt für die gesamten Kosten nach SGB II beträgt damit statt 58,2 Mio. Euro im Jahr 2005 78,1 Mio. Euro im Jahr 2009 bzw. prognostizierte 86,7 Mio. Euro in 2010.